

Sprecher/in

Der heutige Anfang ist vielleicht ein wenig anders als sonst. Anfang Juli ist unser Ratskollege Franz Leopold verschwunden und in der Zwischenzeit wissen wir, dass er nicht mehr am Leben ist. 34 Jahre war er als Lehrer in fast allen Horwer Schulhäusern tätig, jahrelang in der gemeinderätlichen Baukommission und seit dieser Legislatur hier bei uns im Einwohnerrat und auch in der Bau- und Verkehrskommission.

Konrad Durrer (L2O)

Nach einem Nachruf durch Rita Wyss, L2O, und Heiri Schwegler L2O, erhebt sich der Rat zu einer Schweigeminute.

Die erste Sitzung ist für den Ratspräsidenten immer die Gelegenheit, ein paar Worte an Sie zu richten.

Liebe Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte und zuletzt, aber nicht das Letzte, liebe Presse.

Ich möchte das kommende Jahr unter ein Motto stellen, "Zum Wohl der Gemeinde". Ich wünsche mir, dass im Parlament und in den Kommissionen zum Wohl der Gemeinde gearbeitet wird. Und nicht zur Profilierung von Einzelnen oder zur Parteiprofilierung, sondern zum Wohl der Gemeinschaft, der Gemeinde, des Kantons, des Staats, der einen Welt in der wir sind. Und dies trotz – oder gerade – in einem Wahljahr. Ich wünsche mir, dass die Entscheide hier drinnen nicht von Wahltaktik und Effekthascherei bestimmt werden, sondern vom Wohl der gemeinsamen Gemeinde. Ein zerstrittener Rat, systematisches gegenseitiges Misstrauen oder Hintergehensvermutungen haben vor allem einen Verlierer: die Gemeinde. Sie kommt nicht vom Fleck, sie bleibt wo sie ist. Wenn im Rat kein Vertrauen herrscht, wie sollen dann die Bewohnerinnen und Bewohner Vertrauen in die Politik gewinnen? Parlamentsarbeit sollte sich von Parteiarbeit dahingehend unterscheiden, dass sie nicht die Polarisierung, die Positionierung, die Differenz sucht, sondern die Gemeinsamkeit, das gemeinsame Anliegen, den Kompromiss: zum Wohl der Gemeinde.

Feststellungen

Die Einladungen wurden fristgerecht versandt. Die Mehrheit der Ratsmitglieder ist anwesend. Wir sind verhandlungs- und beschlussfähig.

Mitteilungen des Präsidenten

Einen überraschenden Rücktritt hat den FDP-Fraktionschef und BVK-Präsidenten Roger Jenni betroffen.

Die FDP-Fraktion dankt dem aus persönlichen und gesundheitlichen Gründen zurückgetretenen Ratskollegen Roger Jenni für sein Engagement innerhalb der FDP und im Einwohnerrat, seinen Einsatz als Präsident der Bau- und Verkehrskommission sowie seine Arbeit als Fraktionschef. In seiner 11-jährigen Amtszeit reichte Roger Jenni 14 Vorstösse ein. Seine "pointierten" Reden – welche vor allem unseren neuen Ratspräsidenten zu Wortmeldungen veranlassten – bleiben uns in guter Erinnerung.

Urs Rölli (FDP)

Lieber Roger, die FDP-Fraktion bedauert Dein Ausscheiden aus dem Einwohnerrat und wünscht Dir alles Gute und gute Gesundheit.

Gratulationen

Seit meinem Amtsantritt durfte ich bereits 17 Personen aus unserer Gemeinde zu hohen Geburtstagen gratulieren.

Repräsentationen

- 1000 m-Lauf im Rahmen von Aktiv & Fit
- Feier der 20-Jährigen, organisiert durch die Jugendkommission
- Hauptübung der Feuerwehr Horw

Einbürgerungen

Im September ist einer Person aus Serbien-Montenegro, vier Personen aus Deutschland und einer Person aus Kroatien das Bürgerrecht der Gemeinde Horw zugesichert worden. Zudem wurde ein Gesuch sistiert.

Protokolle

Gegen die Protokolle Nrn. 325 und 326 der Sitzungen vom 26. Mai und 16. Juni 2011 sind keine schriftlichen Einsprachen eingegangen. Die Protokolle sind somit genehmigt.

Neueingänge

11. Juli 2011: Interpellation Nr. 598/2011 von Rita Sommerhalder, CVP: Sozialhilfe
17. August 2011: Interpellation Nr. 599/2011 von Urs Hediger, CVP: Papiersammlung: wie weiter?
24. August 2011: Dringliche Interpellation Nr. 600/2011 von Urs Hediger, CVP: Wachstum Horw – Kapazitäten Sporthallen?
7. September 2011: Dringliche Interpellation Nr. 601/2011 von Heidi Pieper, FDP, und Mitunterzeichnenden: Schulpflege: mehr Geld und neue Stelle
9. September 2011: Motion Nr. 270/2011 von Jörg Conrad, SVP, und Mitunterzeichnenden: Strassen- resp. Bettelmusikanten in der Gemeinde Horw
13. September 2011: Postulat Nr. 626/2011 von Urs Rölli, FDP, und Mitunterzeichnenden: Papierfreie Rechnungen der Gemeinde Horw – der Umwelt zuliebe

Rechtskraft von Beschlüssen

Seit der letzten Sitzung sind folgende Geschäfte in Rechtskraft erwachsen:

- Bericht und Antrag Nr. 1447 Sanierung Pumpwerke und Regenklärbecken
- Bericht und Antrag Nr. 1453 Anpassung Bebauungsplan Ortskern und Änderung des Zonenplans
- Bericht und Antrag Nr. 1456 Teiländerungen des Zonenplans im Bereich der Zentrumszone Bahnhof

1. Vereidigung von neuen Ratsmitgliedern

Jürg Biese, FDP, wird als neues Ratsmitglied vereidigt. Er tritt die Nachfolge von Roger Jenni, FDP, an.

Hannes Koch, L2O, wird als neues Ratsmitglied vereidigt. Er tritt die Nachfolge von Franz Leopold, L2O, an.

Bereinigung Traktandenliste

Bericht und Antrag Nr. 1455 Sanierung Gemeindehaus, Vorlage 2011

Antrag GPK

Die GPK beantragt mit deutlicher Mehrheit die Verschiebung vom B+A Nr. 1458. Zwar überzeugt auch das Projekt nicht in allen Teilen, aber die unbefriedigende Finanzierung ist für den Antrag ausschlaggebend. Darum möchte die Geschäftsprüfungskommission vorerst folgende Unterlagen abwarten: Planungsbericht über die Immobilienstrategie und den Finanz- und Aufgabenplan 2012 bis 2017. Die Grundlagen werden Aufschluss über die finanzielle Tragbarkeit des Projektes geben. Im Moment sieht es so aus, als ob Horw nur auf Pump investieren könnte.

Alwin Larcher (SVP)

Ich bin eigentlich davon ausgegangen, dass man statt Abtraktandieren beim Eintreten über eine Verschiebung diskutiert. Ich möchte darum ein Votum aus Sicht der CVP-Fraktion abgeben. Wir sind auch für eine Verschiebung, aber es ist uns wichtig, auch noch etwas zum Geschäft und zu der Begründung zu sagen.

Thomas Zemp (CVP)

Grundsätzlich ist unsere Haltung gegenüber einer Sanierung des Gemeindehauses unverändert. Wir anerkennen den Sanierungsbedarf, wir halten auch den Zeitpunkt für richtig und den Sanierungsumfang (inhaltlich) für angemessen. Eine Verschiebung der Sanierung um wenige Jahre wäre zwar möglich, nicht aber eine grundsätzliche Verschiebung ausserhalb der Planperiode von 7 Jahren. Die Kosten scheinen uns eher hoch und wir bekunden vor allem auch Mühe mit der strikten Kalkulation nach SIA. Wir sind der Meinung, dass die Gemeinde nach Marktpreisen kalkulieren und auch vergeben muss.

Wir sind heute für eine Verschiebung oder Abtraktandierung, weil seit längerer Zeit bekannt ist, dass im Rahmen der Planungsperiode von 7 Jahren im Finanz- und Aufgabenplan Investitionen von rund 80 Mio. Franken anstehen. Der Einwohnerrat hat schon mehrfach bei der Behandlung von Geschäften darauf hingewiesen, dass er das Investitionsvolumen als sehr kritisch betrachtet. Es stellt sich die Frage, ob wir uns dieses Investitionsvolumen leisten können und wenn wir es uns nicht leisten können, wie wir priorisieren. Der Einwohnerrat hat den Gemeinderat mehrfach aufgefordert, Lösungen aufzuzeigen und das ist aus Sicht unserer Fraktion bis heute passiert. Wir wissen heute nicht:

- ob und in welchem Umfang Liegenschaften veräussert werden können
- ob eine solche Veräusserung überhaupt politisch mehrheitsfähig ist
- welche Auswirkungen die Investitionen auf die Finanzkennzahlen haben
- welche Konsequenzen es hat, wenn die Gemeinde die Finanzvorgaben des Kantons nicht einhält
- welche maximale Verschuldung politisch mehrheitsfähig ist
- welche maximale Fremdverschuldung politisch mehrheitsfähig ist
- wie sich der Kapitalbedarf in den Spezialfinanzierungen entwickelt etc. etc.

Für uns ist Voraussetzung, dass wir Klarheit haben, bevor wir weiteren grossen Investitionen zustimmen. Die Klarheit kann man im Rahmen eines Planungsberichtes aufzeigen. Das muss nicht unbedingt ein separater Planungsbericht sein, das kann durchaus auch im Rahmen vom Finanz- und Aufgabenplan erfolgen.

Die BVK unterstützt das Projekt. Wir halten es für gut und sind dafür, dass es schnell in Angriff genommen wird. Aus dem Terminprogramm sieht man, dass die Ausführung erst nächstes und übernächstes Jahr sein wird. Wenn es jetzt verschoben wird, wäre der Wunsch der BVK, dass der Terminplan unbedingt eingehalten wird. Die BVK ist für Eintreten auf den B+A und nicht für Abtraktandieren. Der Unterschied bei einer Sanierung und der Variante 0 beträgt 27'000 Franken pro Jahr, die man mehr ausgibt. Dafür hat man dann ein saniertes Haus und keine Risiken mehr und alle Sicherheitsfragen sind geklärt. Darum ist es für mich unbegreiflich, dass die Finanzierung nicht gesichert ist, denn nach einem Umbau kann auch das Baudepartement zurück in das Gemeindehaus und dadurch sparen wir im Jahr 126'500 Franken. Mit denen können wir sicher einen Kredit, den wir aufnehmen, abzahlen.

Reto Deschwanden
(CVP)

Die Fakten sind zusammen, die Aufbereitung ist erfolgt, ein Verschieben des Entscheids bringt nichts mehr. Die Finanzierung allein kann doch wohl nicht das Problem sein. Die L2O-Fraktion ist für die Behandlung von dem Geschäft.

Heiri Schwegler (L2O)

Die FDP-Fraktion ist mehrheitlich für Eintreten auf das Geschäft, wie es der Gemeinderat beantragt. Handlungsbedarf sehen wir sowieso in der Werterhaltung und auch in der Notwendigkeit beim Sicherheitskonzept. Wir sind nicht dafür, dass man unnötig Zeit verliert, das Geschäft wieder hinausschiebt und noch einmal vorbringt. Jede Zeitverschiebung und jede Untersuchung kostet auch wieder mehr Geld und Entscheidungsgrundlagen sind genügend vorhanden.

Ulrich Nussbaum
(FDP)

Mit dem Planungsbericht Ortskern hat der Gemeinderat vor den Sommerferien die zeitliche Abfolge und auch die Ressourceneinsätze aufgezeigt. Auch mit dem Entwurf des Finanz- und Aufgabenplans, den wir in der GPK aufgezeigt haben, haben wir die finanzielle Entwicklung darlegen können. Auch haben wir dazumal erwähnt, dass mit der Abgabe bzw. dem Baurecht von Liegenschaften des Finanzvermögens die Möglichkeit besteht, die Liquidität und die Finanzierung der anstehenden Projekte zu ermöglichen. Sehr erfreut ist der Gemeinderat, dass der Handlungsbedarf erkannt wurde und mehrheitlich die Sanierung unbestritten ist.

Gianmarco Helfenstein
(CVP)

Mit dem Planungsbericht Liegenschaftspolitik zeigen wir die Handlungsoptionen über unsere Liegenschaften des Finanzvermögens auf, aber auch wie wir mit zum Teil brach liegenden Grundstücken umgehen wollen und wie wir dadurch zukünftige Investitionen ermöglichen wollen. Denn ein Investitionsstopp wäre fatal.

Ich bin überzeugt, dass wir Ihnen mit dem Planungsbericht Liegenschaftspolitik und dem Finanz- und Aufgabenplan verständlich aufzeigen können, dass sich Horw die Investitionen leisten kann.

Abstimmung:

Antrag der GPK, die Behandlung des B+A Nr. 1455, Sanierung Gemeindehaus, auf eine spätere Sitzung zu verschieben.

Konrad Durrer (L2O)

Dem Antrag wird mit 17:9 Stimmen zugestimmt.

Dringliche Interpellation Nr. 600/2011 von Urs Hediger, CVP: "Wachstum Horw – Kapazitäten Sporthallen?"

Das Geschäft ist in zwei Fragenkomplexe unterteilt. Der eine betrifft die Kapazitäten generell und der andere die Benutzungszeiten der Halle. Die Dringlichkeit ist in Frage 4 enthalten, in der es um die Benutzungszeiten der Sporthalle geht.

Urs Hediger (CVP)

Die Handballer haben Diskussionen geführt, wie sie Nachwuchs gewinnen können, damit man im Verein wieder ein Fundament bilden kann und genügend Nachwuchs hat, um den Verein weiterleben zu lassen. Aufgrund dessen hat man sich für das Projekt J+S Kids von Jugend und Sport entschieden, ein polysportives Projekt für Kinder von 5 bis 10 Jahren. Dieses ist nicht nur ein sportspezifisches, sondern ein vielseitiges Projekt, mit dem Jugendliche generell dazu animiert werden, Sport zu treiben. Man hatte sich zum Ziel gesetzt, nach den Herbstferien anzufangen, aber dann kam das Problem, dass keine Halle zur Verfügung steht. Wir haben schlussendlich doch noch Platz in der kleinen Allmendhalle gefunden.

Es hat sich herausgestellt, dass teilweise unter der Woche die Horwerhalle bereits nach 15.00 Uhr frei ist, die Horwer Schulen diese also nicht mehr benutzen, und dass scheinbar die Limite gesetzt ist, dass Vereine erst nach 17.00 Uhr in die Halle dürfen. Das mussten wir zur Kenntnis nehmen und dadurch das Angebot reduzieren. Die Dringlichkeit ist dadurch gegeben, dass das Projekt nach den Herbstferien anfängt. Wenn man die Öffnungszeiten erweitern könnte hätten wir die Gewähr, dass wir die Möglichkeit haben, auf eine zweite Halle auszuweichen, wenn das Projekt gut anläuft und wir entsprechend Zuwachs haben. Man hätte dann auch allenfalls Gelegenheit, das Angebot wieder zu erweitern.

Der Gemeinderat bestreitet die Dringlichkeit nicht. Wir klären im Moment die Möglichkeiten ab und sind optimistisch, etwas zu finden. Wir sind aber auch nicht unglücklich, dass das Geschäft für die Sitzung im Oktober traktandiert wurde, das erlaubt uns, eine saubere Antwort zu erstellen. Sollten wir vorher eine Lösung realisieren können, werden wir die Organisatoren selbstverständlich informieren.

Gianmarco Helfenstein (CVP)

Wie steht der Interpellant zu dem Ansinnen, das Geschäft an der Oktober-Sitzung zu behandeln?

Konrad Durrer (L2O)

Ich kann damit gut leben. Man verliert nicht viel Zeit und hat dann Aussagen über das gesamte Paket. Ich begrüsse das Vorgehen.

Urs Hediger (CVP)

Gegen das Vorgehen, die dringliche Interpellation Nr. 600/2011 an der nächsten Sitzung zu behandeln, wird nicht opponiert.

Konrad Durrer (L2O)

Dringliche Interpellation Nr. 601/2011 von Heidi Pieper, FDP, und Mitunterzeichnenden: Schulpflege: mehr Geld und neue Stelle

Die Dringlichkeit meiner Interpellation ergibt sich daraus, dass das Inserat am 8. Juli erschienen ist und die Person die Stelle wahrscheinlich schon angetreten hat. Es interessiert uns, aus welchen Gründen die Stelle nötig geworden ist und wenn man das erst später behandelt, interessiert das wahrscheinlich niemanden mehr.

Heidi Pieper-Berdux (FDP)

Der Gemeinderat opponiert der Dringlichkeit nicht.

Markus Hool (FDP)

2. Ersatzwahl von zwei Mitgliedern sowie eines Ersatzmitglieds der Geschäftsprüfungskommission

Als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission schlägt Ihnen die FDP-Fraktion das bisherige Ersatzmitglied Herrn Marcel Wirz vor.

In die Geschäftsprüfungskommission schlägt Ihnen die L2O-Fraktion Herrn Heiri Schwegler als Mitglied und Herrn Konrad Durrer als Ersatzmitglied vor.

Wahlergebnis:

Ausgeteilte Wahlzettel	28
Eingegangene Wahlzettel	28
Ungültige Wahlzettel	0
Leere Wahlzettel	0
Gültige Wahlzettel	28
Absolutes Mehr	15

Als Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission gewählt sind Marcel Wirz mit 28 Stimmen und Heiri Schwegler mit 26 Stimmen.

Als Ersatzmitglied der Geschäftsprüfungskommission gewählt ist Konrad Durrer mit 27 Stimmen.

3. Ersatzwahl eines Ersatzmitglieds der Geschäftsprüfungskommission

Als Ersatzmitglied der Geschäftsprüfungskommission schlägt Ihnen die FDP-Fraktion Frau Ruth Strässle vor.

Wahlergebnis:

Ausgeteilte Wahlzettel	28
Eingegangene Wahlzettel	28
Ungültige Wahlzettel	0
Leere Wahlzettel	1
Gültige Wahlzettel	27
Absolutes Mehr	14

Gewählt ist Ruth Strässle mit 27 Stimmen.

Urs Röllli (FDP)

Rita Wyss (L2O)

Konrad Durrer (L2O)

Urs Röllli (FDP)

Konrad Durrer (L2O)

4. Ersatzwahl von zwei Mitgliedern und einer Präsidentin oder eines Präsidenten der Bau- und Verkehrskommission

Als Mitglied und Präsident der Bau- und Verkehrskommission schlägt Ihnen die FDP-Fraktion Herrn Ueli Nussbaum vor.

Urs Röllli (FDP)

Als Mitglied der Bau- und Verkehrskommission schlägt Ihnen die L2O-Fraktion Frau Claudia Meier vor.

Rita Wyss (L2O)

Wahlergebnis:

Ausgeteilte Wahlzettel	28
Eingegangene Wahlzettel	28
Ungültige Wahlzettel	0
Leere Wahlzettel	0
Gültige Wahlzettel	28
Absolutes Mehr	15

Konrad Durrer (L2O)

Gewählt als Mitglied und Präsident ist Ueli Nussbaum mit 27 Stimmen.
Gewählt als Mitglied ist Claudia Meier mit 25 Stimmen.

5. Ersatzwahl eines Mitglieds der Bürgerrechtsdelegation

Als Mitglied der Bürgerrechtsdelegation per 1. November 2011 schlägt Ihnen die FDP-Fraktion Herrn Matthias Bucheli vor.

Urs Röllli (FDP)

Erfolgt die Wahl unter Vorbehalt? Es ist relativ eigenartig, jemanden in eine Kommission zu wählen, der gar nicht vereidigt wurde.

Thomas Zemp (CVP)

Herr Bucheli wurde vom Gemeinderat gewählt und sofern er den Eid nicht verweigert, ist das nur noch eine Formsache.

Konrad Durrer (L2O)

Wahlergebnis:

Ausgeteilte Wahlzettel	28
Eingegangene Wahlzettel	28
Ungültige Wahlzettel	0
Leere Wahlzettel	4
Gültige Wahlzettel	24
Absolutes Mehr	13

Gewählt ist Matthias Bucheli mit 24 Stimmen.

6. Bericht und Antrag Nr. 1457 Verzeichnis der unerledigten Geschäfte und der nicht abgerechneten Bau- und Sonderkredite

Eintreten GPK

Die GPK möchte positiv hervorheben, dass der vorliegende B+A schlanker als in den Vorjahren ausgefallen ist. Wir sind einstimmig für Eintreten und Genehmigung der Anträge.

Rita Sommerhalder
(CVP)

Eintreten BVK

Die BVK hat nur die bau- und verkehrsrelevanten Vorstösse bzw. Berichte und Anträge besprochen. Die BVK ist mehrheitlich für den Antrag, die zwei Vorstösse abzuschreiben und nimmt den B+A zur Kenntnis. Wir sind auch der Meinung, dass man das Postulat 570/2006 von Karin Probst, L2O, und Mitunterzeichnenden (Sichere neue Kantonsstrasse für Kinder und Betagte) und das Postulat Nr. 610/2009 von Marcel Zimmermann, SVP, und Mitunterzeichnenden (Fussgängerstreifen auf der Kantonsstrasse) abschreiben kann.

Roland Bühlmann
(SVP)

Eintreten GSK

Die Gesundheits- und Sozialkommission hat die für sie relevanten Themen behandelt. Die Kommission nimmt einstimmig Kenntnis von dem B+A und ist für Eintreten.

Urs Hediger (CVP)

Eintreten CVP

Mit Freude stellen wir fest, dass der Umfang dieses Papiers, im Vergleich zu den vergangenen Jahren, stark abgenommen hat. Insbesondere mit der Ortsplanung konnten etliche Geschäfte abgeschlossen bzw. erledigt werden.

Roger Eichmann
(CVP)

Wir danken dem Gemeinderat für seine Bemühungen, die einzelnen Geschäfte speditiv zu erledigen bzw. umzusetzen und hoffen, dass der Umfang der unerledigten Geschäfte im laufenden Jahr auf diesem guten Niveau gehalten werden kann. Die CVP-Fraktion ist einstimmig für Eintreten und Zustimmung zum vorliegenden B+A Nr. 1457.

Eintreten SVP

Grundsätzlich sind wir mit dem B+A einverstanden. Wir sind der Meinung, dass man die zwei Vorstösse zur Kantonsstrasse abschreiben kann.

Marcel Zimmermann
(SVP)

Eintreten FDP

Wir unterstützen den Antrag der BVK, die beiden Postulate (3.1.5 und 3.1.10) abzuschreiben. Die FDP-Fraktion ist für Eintreten und Genehmigung des Geschäfts.

Heidi Pieper-Berdux
(FDP)

Eintreten L2O

Die L2O ist ebenfalls für Eintreten und wird zu einzelnen Positionen noch Bemerkungen formulieren.

Rita Wyss (L2O)

Detailberatung

Postulat Nr. 570/2006 von Karin Probst, L2O, und Mitunterzeichnenden: Sichere neue Kantonsstrasse für Kinder und Betagte

Roland Bühlmann
(SVP)

Die BVK schlägt vor, das Postulat abzuschreiben.

Im Horwer Zentrum besteht aus Sicht der L2O nach wie vor Handlungsbedarf. Die L2O wünscht sich mehr Sicherheit für alle und die Begegnungszone ist für uns nach wie vor ein Ziel. Das würde eine grosse Aufwertung des Horwer Zentrums bedeuten. Deshalb möchten wir das Postulat nicht abschreiben.

Rita Wyss (L2O)

Mit der Markierung der sog. FSGO konnte man das Ziel erreichen, die Sicherheit für Schüler und Betagte zu erhöhen.

Marcel Zimmermann
(SVP)

Abstimmung:

Antrag der BVK, das Postulat Nr. 570/2006 von Karin Probst, L2O, und Mitunterzeichnenden (sichere neue Kantonsstrasse für Kinder und Betagte) abzuschreiben.

Konrad Durrer (L2O)

Dem Antrag wird mit 21:6 Stimmen zugestimmt.

Postulat Nr. 610/2009 von Marcel Zimmermann, SVP, und Mitunterzeichnenden: Fussgängerstreifen auf der Kantonsstrasse

Roland Bühlmann
(SVP)

Die BVK schlägt vor, das Postulat abzuschreiben.

Abstimmung:

Antrag der BVK, das Postulat Nr. 610/2009 von Marcel Zimmermann, SVP, und Mitunterzeichnenden (Fussgängerstreifen auf der Kantonsstrasse) abzuschreiben.

Konrad Durrer (L2O)

Dem Antrag wird mit 22:0 Stimmen zugestimmt.

Abstimmung:

1. Das Verzeichnis der unerledigten Geschäfte und der nicht abgerechneten Bau- und Sonderkredite wird einstimmig zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Die Motion Nr. 264/2010 wird mit 23:0 Stimmen als erledigt abgeschrieben.
3. Die Postulate Nrn. 570/2006, 610/2009 und 619/2010 werden mit 23:0 Stimmen als erledigt abgeschrieben.

Gesamtabstimmung:

Dem Bericht und Antrag Nr. 1457, Verzeichnis der unerledigten Geschäfte und der nicht abgerechneten Bau- und Sonderkredite, wird mit 26:0 Stimmen zugestimmt.

7. Bericht und Antrag Nr. 1458 Ausbau und Neugestaltung Kastanienbaumstrasse, Abschnitt Buholz bis Schwanden

Eintreten GPK

Die GPK hat festgestellt, dass der vorgelegte B+A Nr. 1458 gut mit dem Planungsbericht, der vor einem Jahr im Rat diskutiert wurde, übereinstimmt. Der Planungsbericht wurde dazumal vom Rat insgesamt positiv aufgenommen. Der Rat hat die damalige Variante 1, mit einer Strassenbreite von 6 m, und dadurch bedingt die eingeschränkte Kreuzungsmöglichkeit von zwei Bussen oder Lastwagen, favorisiert. Der B+A Nr. 1458, so wie er jetzt vorliegt, erfüllt die Vorgabe. Der ermittelte Kostenrahmen von insgesamt 2.8 Mio. Franken liegt, unter Berücksichtigung der erwähnten Projektanpassungen, gut im Bereich der Schätzung im Planungsbericht von 3.1 Mio. Franken. Die GPK ist in der Beratung nicht zu einer generellen Neu beurteilung des Projektes gekommen. Folgende Aspekte sind in der Diskussion, allerdings ohne entsprechende Anträge, aufgegriffen worden:

- Die Bushaltestellen sind im Moment ohne Busbuchten geplant. Dazu ist festzustellen, dass das den Verkehr verlangsamt und je nachdem als Hindernis empfunden werden kann, andererseits erhöht es die Sicherheit. Die vorgesehenen Rückbauten sind teilweise als aufwändig eingeschätzt worden. Die Notwendigkeit der Rückbauten wurde in der GPK kontrovers beurteilt.
- Entgegen der Beschlüsse vom letzten Jahr in dem Rat, ist jetzt die Neugestaltung vom Knoten Buholz, analog der damaligen Variante 2, wieder im B+A aufgenommen worden. Die GPK hat die Argumente dafür zur Kenntnis genommen. Sie ist der Auffassung, dass die diesbezüglichen Beschlüsse des Rates vom September letzten Jahres weiterhin massgeblich sind und wird dadurch bedingt in der Detailberatung einen entsprechenden Antrag stellen.

Die GPK empfiehlt Eintreten und Annahme vom B+A Nr. 1458, unter Berücksichtigung des noch folgenden Antrags zum Knoten Buholz.

Eintreten BVK

In diesem B+A geht es grundsätzlich um zwei Angelegenheiten:

1. Ausbau und Neugestaltung Kastanienbaumstrasse und
2. Anpassung Knoten Buholz.

Die Sanierung der Kastanienbaumstrasse ist in der BVK unumstritten. Die postulierten Ziele "Erhöhung der Sicherheit" und "Erhöhung des Fahrkomforts für den ÖV" können mit den vorgeschlagenen Sanierungsmassnahmen umgesetzt werden. Wir wollen aber festhalten, dass die Strassenbreite von 6 m nicht der Norm von 6.7 m entspricht. Da die Geschwindigkeit auf diesem Strassenstück aber auf 60 km/h begrenzt ist und der Begegnungsfall LKW/LKW eher selten auftreten wird, ist dieser Kompromiss, der ja vom Einwohnerrat eingebracht worden ist, vertretbar.

Die Verschiebung der Bushaltestellen ist aus unserer Sicht sinnvoll. Durch das Zusammenführen der beiden Haltestellen an den gleichen Ort kann eine gemeinsame Insel zur sicheren Überquerung der Strasse gesetzt und auch die Markierungen können entsprechend dominant gestaltet werden. Es ist ein Gewinn gegenüber der aktuellen Situation.

Die Neugestaltung des Knotens Buholz ist innerhalb der BVK härter diskutiert worden. Der Sanierungsbedarf des Knotens ist unbestritten. Aus verkehrstechnischer und baulicher Überlegung macht es für die BVK Sinn, die Sanierung als Ganzes in einem Zug durchzuführen. Die entsprechenden Erläuterungen haben uns überzeugt. Über den

Markus Bider (CVP)

Jürg Luthiger (CVP)

Zeitraum der gesamten Sanierung wird die vorgeschlagene Variante definitiv billiger sein, denn

- die Baumaschinen müssen nur einmal auffahren
- die Anpassungen an die bestehenden Strassenabschnitte müssen nur einmal gemacht werden
- die Verkehrsbehinderungen müssen nur einmal erduldet werden.

Die BVK ist einstimmig für Eintreten und Zustimmung zum B+A Nr. 1458.

Eintreten CVP

Der im B+A erwähnte Projektperimeter wird doch von einigen Kindern als Schulweg benutzt. Aus der Sicht des Sicherheitsaspekts begrüsst die CVP den Ausbau und die Neugestaltung der Kastanienbaumstrasse und des Knotens Buholz. Wir sind für Eintreten und Genehmigung.

Rita Sommerhalder
(CVP)

Eintreten SVP

Die Fraktion der SVP ist der Meinung, dass eine Sanierung und Verbreiterung der Kastanienbaumstrasse notwendig ist, ebenso eine Verbreiterung und Erneuerung vom Velo- und Fussweg. Das soll zu mehr Sicherheit und besseren Platzverhältnissen beitragen. An der bestehenden Kreuzung Buholz sehen wir keinen Handlungsbedarf und da der Belag intakt ist und erst in 5 bis 10 Jahren erneuert werden muss, lehnen wir einen grossen Investitionsbetrag ab. Ebenso erachten wir, dass das Abbrechen der Bushaltestellen nicht gegeben ist und nur Kosten verursacht. Auch soll der Bus in den Busbuchten Platz finden, was wiederum zu mehr Sicherheit für die Fussgänger beiträgt. Somit wird der Verkehr nicht behindert und unnötig aufgehalten. Unser Ziel ist, mit möglichst wenig Kosten einen guten und sicheren Verkehrsfluss zu erreichen. Die Fraktion der SVP ist für Eintreten auf den B+A Nr. 1458.

Reto Eberhard (SVP)

Eintreten FDP

Viele Wege führen nach Rom, die FDP möchte jedoch nur vom Buholz der Kastanienbaumstrasse entlang nach Schwanden in der Gemeinde Horw. Dies sollte auch klar günstiger sein.

Ruth Strässle-
Erismann (FDP)

In der September-Sitzung 2010, genau vor einem Jahr, wurde dem Rat der Planungsbericht Nr. 1432 vorgelegt. Im Protokoll dazu steht geschrieben, dass zwei Anträge für die Beibehaltung der Kreuzung Buholz bzw. nur mit minimalen baulichen Änderungen gestellt wurden. Diese Anträge wurden beide mit der Mehrheit angenommen. So erstaunt es, dass im vorliegenden B+A trotzdem eine Rückbauvariante mit vielen Anpassungen ausgearbeitet wurde. So steht auch geschrieben, dass grosse Teile von bestehender Strassensubstanz weiterverwendet werden kann.

Seit Jahren wünschen sich die Bewohnerinnen und Bewohner eine Verbesserung des Zubringers zur Siedlung Kastanienbaum. Mit der vorgeschlagenen sanierten Strasse, des Rad- und Gehwegs, erfüllt sich definitiv dieser Wunsch.

Doch mit der Verschiebung der Bushaltestellen auf die Strasse und der Aufhebung der bestehenden Busbuchten, werden nicht nur Mehrkosten verursacht, sondern auch viele Strassenbenützer aus Kastanienbaum verärgert.

Die FDP ist für Eintreten auf diesen B+A und wird sich bei der Detailberatung nochmals melden.

Eintreten L2O

Seit vielen Jahren wünscht sich der Siedlungsteil Kastanienbaum einen Ausbau der Kastanienbaumstrasse. Es ist unbestritten, dass es sinnvoll ist, diesen Strassenabschnitt nachhaltig zu sanieren. Zudem können gleichzeitig die Wasserleitungen von 1936 erneuert werden. Ebenfalls kann die Siedlungsentwässerung unter dem Knoten Buholz vorgängig saniert werden, da besteht nämlich auch Handlungsbedarf.

Die L2O ist für die Variante 2 mit Änderung der Fahrtrichtung, mit dieser Vorfahrtsberechtigung in Richtung Kastanienbaum wird der Schleichweg nach Luzern weniger attraktiv. Für die L2O ist die Verkehrssicherheit für alle wichtig, insbesondere für Fussgänger/-innen und Radfahrende und ganz speziell für alle Schülerinnen und Schüler, die mehrmals täglich diese Strasse frequentieren. Ebenfalls positiv ist, wenn der ÖV bessere Bedingungen erhält und sich der Fahrkomfort verbessert. Bei der Neugestaltung der Einmündungen der Nebenstrassen Rigiblickstrasse und Unterwilstrasse wird die L2O den Antrag für einen Füssgängerstreifen stellen.

Wir bedanken uns für den ausführlich formulierten B+A und sind für Eintreten und Genehmigung.

Sie haben vor einem Jahr den Planungsbericht Kastanienbaumstrasse, Abschnitt Buholz bis Schwanden beraten. Aus dieser Beratung geht die heutige Vorlage des Projektes hervor. Wir konnten alle Bemerkungen umsetzen, ausser den Auftrag, die Kreuzung Buholz ohne bauliche Massnahmen anzupassen. Schon bald war klar, dass die Verkehrsführung auf der Kreuzung Buholz nicht nur mit einem Farbanstrich geändert werden kann, sondern dass es in jedem Fall bauliche Anpassungen braucht. Wir sind überzeugt, dass sich die Umgestaltung, wie wir sie Ihnen präsentieren, zum jetzigen Zeitpunkt auch finanziell auszahlen wird. Damit wir Ihnen die Kosten des Knotenumbaus transparent aufzeigen können, finden Sie diese in der Kostenzusammenstellung separat ausgewiesen und unsere Argumentation dazu.

Wie die GPK beantragt, soll im heutigen Zeitpunkt auf die Sanierung des Knotens verzichtet werden, man könne Kosten von 390'000 Franken sparen. Unterstützt man diesen Antrag, so muss sich jeder von Ihnen klar darüber sein, dass nicht gespart wird, sondern hinausgeschoben. Die Umgestaltung wird sich zu einem späteren Zeitpunkt teurer präsentieren. Heute sind die Preise des Gesamtpaketes eingesetzt. Grössere Menge gleich kleinerer Einheitspreis, kleinere Menge gleich höherer Einheitspreis. Dazu gerechnet werden müssen dann auch noch die Installation und die Teuerung. Anpassungsarbeiten werden erneut dazukommen. Die Wasserleitung wird ohnehin durch den Knoten gebaut und verursacht Anpassungen.

Zufällig ist dann auch die öffentliche Beleuchtung im Bereich Buholz ausgefallen und die Instandstellung bewerkstelligt sich schwierig, weil es sich um eine veraltete Anlage handelt. Ob sich die Sanierung nach diesem Vorfall noch weiter hinausschieben lässt, ist noch nicht vollständig geklärt.

Aus allen diesen Überlegungen ist der Gemeinderat sicher, dass die Umgestaltung des Knotens Buholz zusammen mit dem Ausbau der Kastanienbaumstrasse sinnvoll und zum jetzigen Zeitpunkt richtig ist.

Rita Wyss (L2O)

Manuela Bernasconi
(CVP)

Detailberatung

Plan 1

Die SVP stellt den Antrag, die Haltestelle Buholz, von der Kreuzung aus gesehen auf der rechten Seite, nicht zurückzubauen, sondern lediglich der Verbreiterung anzupassen. Ebenso soll die zweite Bushaltestelle, bei der Einfahrt Unterwilstrasse, bestehen bleiben und so gegebenenfalls saniert und angepasst werden.

Reto Eberhard (SVP)

Die Busbucht Richtung Felmis ist noch ein Relikt aus früheren Zeiten, heute hält der Bus dort nicht mehr. Diese Busbucht, die häufig auch als Parkplatz für Cars vom Hotel Felmis benutzt wird, wird bei einem Umbau des Knotens nicht zurückgebaut.

Manuela Bernasconi
(CVP)

Die bestehende Busbucht Kastanienbaumstrasse, Richtung Kastanienbaum, wird in die Verbreiterung der Strasse einbezogen, damit wir kein Land erwerben müssen. Dazu wird eine Querungshilfe, in diesem Projekt die Mittelinsel, für Fussgänger angeboten. Die Fachmeinungen (BFU, Fussverkehr Schweiz, ASTRA und Verkehrsingenieure) sind sich in diesem Punkt einig, dass Querungshilfen etwas ganz Wichtiges sind und angeboten werden sollten, wo es möglich ist. Bei den Bushaltestellen ist so auch die Sicherheit für die Aussteigenden gegeben. Da die Frequenzen an der Haltestelle nicht gross sind, kann man den Bus durchaus auf der Fahrbahn halten lassen und dann sind wir auch sicher, dass nicht gefährliche Überholmanöver gemacht werden. Vom Rückbau her ist es keine grosse Problematik, denn es bleibt gar nicht mehr viel, wenn wir kein Land erwerben müssen.

Die Belagsflächen der Haltestellen muss man im Zuge der Umgestaltung so oder so anpassen. Nicht benötigte Belagsflächen, bei welchen kein Verkehr stattfindet, altern mindestens genau so schnell, wie Belagsflächen unter Verkehr und müssten in 20 bis 25 Jahren wieder erneuert werden. Wenn man das alles aufrechnet ist es sinnvoll, wenn man den kleinen Restteil zurückbaut.

Wenn Sie auf die Busbuchten bestehen, würde dies, durch den nötigen Landerwerb, zu Mehrkosten führen.

Die alten Busbuchten sind kein Thema, es geht um die neue Busbucht, die man vom Buholz Richtung Kastanienbaum machen will. Beim Bauernhaus ist ein Fussgängerstreifen und das ist ein schmaler Durchgang, ein Fussgängerstreifen ohne Querungshilfe. Dadurch, dass man den Rückbau und Inseln machen will, muss man die Breite haben, damit man einen Fussgängerstreifen mit Querungshilfe machen kann. Von mir aus gesehen ist es falsch, wenn man alles ändern möchte, obwohl ein Fussgängerstreifen und eine Busbucht vorhanden sind. Wenn man das frisch an die Strasse anpasst, ist das absolut adäquat und es macht keinen Sinn, wenn man anfängt, Fussgängerstreifen zu verschieben, damit sie nachher breiter sind und Inseln zu machen, damit man noch Pause machen kann.

Ruth Strässle-
Erismann (FDP)

Bei der Bushaltestelle Buholz, Richtung Felmis, ist jetzt in der Mitte eine Grünfläche und links und rechts eine Einfahrt. Ein Fussgängerstreifen ist dort absolut nicht nötig, weil es dort eine relativ ruhige Situation ist. Auf der Grünfläche gibt es auch noch eine Bank. Beim Vorschlag der Gemeinde wird diese Grünfläche weggenommen, die Busstation weggeräumt und es gibt nachher einfach eine grosse asphaltierte Fläche, offensichtlich für Sattelschlepper und Lastwagen, die in die Unterwilstrasse fahren.

Wenn man von Sicherheit spricht muss ich sagen, wenn der Bus auf der Strasse steht bin ich nicht überzeugt, dass das mehr Sicherheit gibt, als wenn man an beiden Orten eine Busbucht hat. Ich finde es verrückt, wenn man etwas, das man hat, abändern muss und dadurch noch viele Kosten hat. Wir haben uns entschieden, die Strasse zu verbrei-

tern, einen besseren Fahrweg, Veloweg und Gehweg zu machen. Das wird eine sehr gute Strasse. Ich finde, das Geld wird am falschen Ort ausgegeben, wenn überall die Busbucht weggenommen und zusätzliche Inseln und Fussgängerstreifen realisiert werden.

Ich habe den gleichen Antrag wie Herr Eberhard und werde diesen somit unterstützen.

Ich bitte Sie, den Antrag der SVP und von Frau Strässle abzulehnen. Beim vorliegenden Projekt spricht man nicht von Mehrkosten, sondern man spart etwas ein, wenn man die Busbuchten nicht macht. Wenn die Strasse verbreitert wird und man Busbuchten macht, müsste man zusätzlich Land kaufen. Beim vorliegenden Projekt kann man die Busbuchten aber als Strasse nutzen. Busbuchten sind auch gar nicht nötig, denn der Bus hält dort nicht jedes Mal. Und wenn er alle zwei drei Stunden einmal dort anhalten muss reicht es, wenn er auf der Strasse hält.

Reto Deschwanden
(CVP)

Was SVP und FDP vorschlagen erstaunt mich, denn es kostet sicher mehr, als die heutige Lösung und eigentlich bin ich von diesen Parteien anderes gewohnt.

Beim schmalsten Übergang ist die Übersicht über die Strasse am besten gegeben und wie Frau Strässle gesagt hat, ist dort bereits ein Fussgängerstreifen. Warum benutzt man nicht den? Die Inseln, die man bauen möchte, kosten auch, diese gibt es auch nicht gratis. Wenn man im Gegenzug die paar m2 Land investiert in die Sicherheit, dann ist der Bus auf der Seite, die Autos sind nicht blockiert und für einen flüssigen Verkehr ist gesorgt.

Reto Eberhard (SVP)

Ich möchte noch ergänzen, dass die Einmündungen Rigiblick- und Unterwilstrasse beides schmale Strassen sind und an beiden Orten ist ein Fahrverbot. Das sind also Strassen, die nicht tagtäglich gebraucht werden und wo sehr wenig Verkehr ist. Aber da wird eine Kreuzung gemacht, mit Einfahrten, die mich überraschen, ich habe dort noch nie ein Auto herausfahren sehen.

Ruth Strässle-
Erismann (FDP)

Könnte man den bestehenden Fussgängerstreifen Buholz, im Zusammenhang mit der Veränderung vom Vortritt, so belassen oder ist dieser nachher zu nah an der Kreuzung?

Thomas Zemp (CVP)

Bei der Bushaltestelle sind die Bushalte in der Mitte vom Fahrstreifen angezeichnet. Auf der einen Seite blockiert er den Fahrstreifen für Autos und den sonstigen Verkehr und auf der Gegenseite ist der Velostreifen. Wenn man dort aus dem Bus steigt, müsste man schon schauen, dass nicht gerade ein Velo kommt, dass einen allenfalls überfährt. Wenn man den Bus in die Busbucht nehmen würde, wäre das Ganze kein Thema.

Reto Eberhard (SVP)

Wie Herr Eberhard richtig sagt, haben wir einen Fuss-/Radweg, aber dort ist heute keine Busbucht, die wir gebaut haben. Es wird jetzt, wie bei jedem anderen Projekt auch, die Anpassung gemacht. Wenn der Bus in eine Bucht soll, wird dieser voll auf den Rad- und Fussweg gestellt und das hat dann überhaupt nichts mehr mit Sicherheit zu tun. Bei uns steht die Sicherheit für den Langsamverkehr im Vordergrund. Dadurch, dass man den Bus auf der Fahrbahn halten lässt, die Strasse wird ja auch verbreitert, geben wir mit den Inseln den Fussgängern und Velofahrenden wieder mehr Sicherheit.

Manuela Bernasconi
(CVP)

Es ist tatsächlich nicht möglich, den Fussgängerstreifen im vorderen Bereich, der heute ganz nah an der Kreuzung ist, bei einer neuen Verkehrsführung zu belassen. Darum wurde dieser versetzt und dann kommt er in den Projektperimeter mit der Verbreiterung. Als Autofahrer sieht man die Fussgänger dadurch auch anders. Das Ganze wurde mit dem vif abgesprochen.

Im Zuge der Umgestaltung müssen wir das Beste machen und das vorgelegte Projekt ist die Lösung, die Sicherheit auf dieser Strasse gibt. Die Frequenzen des Bushaltes sind gering, wir gehen aber trotzdem davon aus, dass sich das zu einem späteren Zeitpunkt einmal ändern kann.

Frau Strässle und Herr Eberhard argumentieren, dass es billiger sei, wenn man es so lässt wie es ist, also die Busbuchten usw. nicht zurückzubauen und den Fussgängerstreifen da lassen, wo er ist. Herr Deschwanden hat gesagt, dass es teurer ist, die Busbuchten zu belassen, weil die Strasse verbreitert wird und wenn es dann immer noch Busbuchten geben soll, müsste man Land zukaufen.

Markus Bider (CVP)

Ich wäre Frau Gemeinderätin Bernasconi für ein klärendes Wort dankbar, ob die Annahme von Frau Strässle und Herrn Eberhard oder die Aussage von Herrn Deschwanden richtig ist.

Die Gemeinde will die Chance packen und eine riesige Kreuzung machen, die gar nicht notwendig ist. Passen Sie doch einfach die bestehende Busstation an und wenn es unbedingt sein muss, passen Sie die Strasse auch für die Sattelschlepper an. Auf der anderen Strassenseite braucht man weder eine Einfahrt noch sonst irgendetwas, dort gibt es eine grosse Grünfläche in der Mitte. Es kann doch nicht teurer sein, wenn wir die Busstationen und den Fussgängerweg bestehen lassen. Wir haben die Zahlen verlangt, aber leider nicht erhalten, wir haben auch die Frequenzen verlangt. Also ich habe noch nie jemanden von der Rigiblickstrasse zur Busstation gehen sehen. Eine riesige Kreuzung zu machen, wo gar keine ist, ist einfach nicht sinnvoll.

Ruth Strässle-
Erismann (FDP)

Wir haben gesagt, dass wir die Strasse verbreitern und das wird durch das Projekt erreicht. Dann kann man aber nicht alles gleich behalten wie es bis anhin war, das geht einfach nicht. Wenn man sagt, "man habe ja heute schon...", wir haben natürlich heute nicht, denn wir verbreitern die Strasse und dann sind die schönen Grünstreifen von Frau Strässle auch nicht mehr da. Wenn wir die Strasse verbreitern, dann müssen wir die Busbuchten einbeziehen und das finde ich auch richtig und sinnvoll. Dann sind ein paar Anpassungen nötig, weil die Busse dann auf der Fahrbahn halten, aber dafür haben wir dann die Sicherheit für den Langsamverkehr. Ich mache die klare Aussage, dass es teurer wird, wenn wir die Busbuchten wieder neu machen müssen.

Manuela Bernasconi
(CVP)

Wie Frau Strässle bereits erwähnt hat, haben wir die Frequenzen vom Bus verlangt. Jeder Bus hat automatische Zähler, der festhält, wieviele Leute ein- und aussteigen. Mich interessiert, ob man mit Busbuchten wirklich eine Luxusvariante für drei bis vier Personen, die dort pro Tag ein- und aussteigen, realisieren würde.

Urs Röllli (FDP)

Beim Buholz vorne frage ich mich, ob die Querungshilfe notwendig ist. Wenn diese dort nicht benötigt wird, könnte allenfalls auch die Busbucht bestehen bleiben, ohne zusätzliches Land kaufen zu müssen. Bis jetzt hat man auch keine Querungshilfe und wenn man das z.B. mit der Situation bei der Wegscheide vergleicht, hat man dort, an einer viel höher frequentierten Bushaltestelle, auch keine Querungshilfe. Hier hinterfrage ich die Verhältnismässigkeit auf dem Land und unten im Dorf.

Wenn man schon von Busbuchten und Mehrkosten spricht, kann man ungefähr sagen, wie hoch die Mehrkosten für den Landerwerb wären?

Marcel Zimmermann
(SVP)

Betreffend Verbreiterung besteht Einigkeit im Rat, das ist eine Notwendigkeit. Wir diskutieren vor allem, wo die Bushaltestellen sein sollen. Machen wir diese mitten auf der Strasse und blockieren damit den ganzen Verkehr oder verlegen wir diese auf die Seite, so dass der Verkehr passieren kann.

Reto Eberhard (SVP)

Ich halte das Konzept für stimmig. Die Frequenzen, die Herr Röllli fordert, sind überflüssig, denn letztlich, wenn man die Bushaltestelle verschiebt, wird das Angebot auch attraktiver für Leute, die im Rigiblick wohnen. Ich glaube auch, dass heute an der Haltestelle Buholz, Richtung Kastanienbaum, nicht viele Leute einsteigen. Für mich ist aber ganz klar, dass die Bushaltestellen zusammenkommen müssen und ich finde es unnötig, wenn man an der Haltestelle Geld für Busbuchten ausgibt. Wir haben heute Tempo 30 beim Ortseingang Kastanienbaum, also ich sehe absolut nicht ein, warum der Bus dort nicht auf der Strasse halten kann und wieso der Verkehr dort nicht kurz stoppen kann.

Thomas Zemp (CVP)

Zum Votum von Herrn Röllli und den Vergleich mit dem Dorf müssen Sie wissen, dass wir auf der Kastanienbaumstrasse ausserorts sind. Die Wegscheide ist im Zentrum, wo auch nicht immer der Platz vorhanden ist, eine Querungshilfe zu machen. Die Fachleute sind sich einig, dass man dort, wo der Platz vorhanden ist, die Querungshilfen macht und das ist auf der Kastanienbaumstrasse so. Wir sind im Ausserortsbereich und haben in früheren Jahren durch verschiedene Vorstösse aus dem Parlament gekämpft, dass man dort 60 km/h fahren kann und nicht 80 km/h, wie das üblich ist.

Manuela Bernasconi (CVP)

Die Frage von Marcel Zimmermann kann ich nicht einfach so beantworten. Das Projekt müsste dann sowieso überarbeitet werden und würde dann auch zeigen, wieviel Land benötigt wird.

Es würden nicht nur die Kosten für den Landerwerb anfallen, man müsste hinterher auch den ganzen Aushub machen, neu einkoffern, neu asphaltieren und einen neuen Randstein machen. Der Landerwerb mit einem m²-Preis von ca. 60 Franken gemäss Kostenvoranschlag, wäre nur ein kleiner Teil. Aber der Ausbau nachher wäre einiges mehr als 60 Franken pro m².

Reto Deschwanden (CVP)

Von der heutigen Busbucht wird ja ein Teil zurückgebaut, d.h. es wird wieder natürlich, eine neue Wiese und das ist etwas Positives, was noch niemand erwähnt hat.

Dass man auf den Veloweg kommt, wenn man aus dem Bus steigt, das gibt es in Horw ganz oft. So ist man z.B. im Rank oder im Spier automatisch auf dem Veloweg, weil dieser bei den Bushaltestellen auf dem Trottoir ist und das ist auch keine grosse Gefahr. Ich bitte Sie, den Antrag der SVP und von Frau Strässle abzulehnen.

Abstimmung:

Antrag der SVP, dass die Haltestelle Buholz, von der Kreuzung aus auf der rechten Seite, nicht zurückgebaut, sondern lediglich an die Verbreiterung angepasst wird. Ebenso soll die zweite Bushaltestelle, in der Einfahrt der Unterwilstrasse, bestehen bleiben und so gegebenenfalls saniert und angepasst werden.

Konrad Durrer (L2O)

Der Antrag wird mit 10:16 Stimmen abgelehnt.

8. Fragestunde

anschliessend Weiterbehandlung B+A Nr. 1458

4.7 Signalisation und Markierung

Bei der Einmündung Rigiblick-/Unterwilstrasse möchte die L2O einen Fussgängerstreifen. Die Halbinsel ist ein beliebtes Naherholungs- und Wandergebiet und es sollte möglich sein, an der Stelle die Strasse sicher zu überqueren. Zusätzlich geht dort auch ein offizieller Wanderweg durch. Darum stellt die L2O den Antrag, zusätzlich zur Querungshilfe einen Fussgängerstreifen zu markieren.

Rita Wyss (L2O)

Wie unter Punkt 4.7 festgehalten, wurden die Signalisationen und Markierungen durch die Dienststelle vif geprüft. Normalerweise gibt es ausserorts keine Fussgängerstreifen und es ist auch hier keiner vorgesehen. Man könnte aber sagen, dass wir an der Stelle wenigstens eine Querungshilfe anbieten.

Manuela Bernasconi (CVP)

Ich verstehe das Anliegen und für Sie ist es wahrscheinlich auch nicht ganz abwegig, weil die Querungshilfe weiter vorne auch einen Fussgängerstreifen hat. Dies kommt daher, weil dort schon immer einer war und deshalb wurde das wieder so eingezeichnet. Aus dem Grund meine ich, dass man eingehen kann, auch bei der Einmündung Rigiblick-/Unterwilstrasse einen Fussgängerstreifen anzubringen. Evtl. wird das vif eine Bemerkung anbringen.

Abstimmung:

Antrag der L2O, bei der Einmündung Rigiblick- /Unterwilstrasse einen Fussgängerstreifen zu erstellen.

Konrad Durrer (L2O)

Dem Antrag wird mit 22:0 Stimmen zugestimmt.

5.4 Werkleitungen

Wir haben einmal das Anliegen vorgebracht, ob man in Zukunft vielleicht einmal jede zweite Lampe ab Mitternacht abstellen könnte. Hat man hier, wo neue Leitungen gelegt werden müssen, die Möglichkeit dazu?

Ruth Strässle-Erismann (FDP)

Es ist so vorgesehen, dass man bei der Steuerung schaut, dass das möglich sein wird. Auch die Möglichkeit von LED ist im Moment die grosse Frage. Es wird auch versucht, die Nachtabschaltung bei der Steuerung zu berücksichtigen.

Manuela Bernasconi (CVP)

6 Land- und Rechtserwerb

Es heisst, vereinzelte Grundeigentümer und Anstösser hätten Hinweise gegeben und Bedürfnisse angemeldet, die in das Projekt eingeflossen seien. Ist es möglich, Details zu erfahren, welches die Bedürfnisse sind, die man jetzt dort hineingepackt hat?

Markus Bider (CVP)

Häufig sind es Feststellungen bzw. Rückmeldungen von Bewohnern, ob man nicht dieses oder jenes berücksichtigen könnte. Es sind sicher keine Wünsche, die wir beurteilt haben, sonst hätten Sie das ja festgestellt.

Manuela Bernasconi (CVP)

Um etwas konkreter zu fragen, war die Sattelschleppergängigkeit der Einmündung ein privates Anliegen?

Markus Bider (CVP)

An der Strasse gibt es einen landwirtschaftlichen Betrieb, der mit der Einfahrt so bewilligt ist, wie er sich heute präsentiert. Wir haben also nicht etwas Grösseres gemacht als heute besteht. Das scheint Ihnen auf dem Plan vielleicht breit, weil das vor Ort relativ rudimentär ist, aber die Anpassung an die neue Strasse müssen wir so oder so machen, das gehört zum Projekt. Wir machen für den Anwohner die Einfahrt nicht breiter.

Manuela Bernasconi (CVP)

9.2 Kostenzusammenstellung

Die GPK stellt den Antrag, die Sanierung des Knotens Buholz aufzuschieben, bis die Belagserneuerung nötig geworden ist. Somit beantragt sie, die Positionen 9.2.2 und 9.2.4 zu streichen. Damit werden Positionen von 390'000 Franken um 10 Jahre verschoben. Sobald die Belagserneuerung vollzogen wird, sollte die Verkehrsführung über den Knoten Buholz gemäss B+A Nr. 1458 erfolgen.

Ich möchte dem Rat zu bedenken geben, dass wir vor einem Jahr darüber diskutiert haben und der Rat das einstimmig wollte. Neue Argumente sind aus Sicht der GPK nicht aufgetaucht und es war deshalb eine gewisse Befremdung in der Kommission, dass das jetzt einfach kommentarlos wieder aufgenommen wurde.

Da möchte ich mich wehren, denn das ist nicht kommentarlos gekommen. Wir haben in Kap. 10 ganz klar begründet, warum wir das wieder bringen und wir haben Ihnen das auch getrennt aufgenommen, damit Sie Gelegenheit haben, die Variante wieder zu verwerfen. Transparenter kann man es fast nicht mehr machen. Sie haben jetzt die Wahl, mit all den Prämissen, die ich am Anfang aufgezeigt habe und jedes Einwohneratsmitglied, das gegen den Knoten stimmt, muss sich auch klar darüber sein, dass es nicht nur spart. Wir zwängeln nicht, sondern es ist als Gemeinderat unsere Pflicht Ihnen aufzuzeigen, wenn wir sehen, dass es günstiger ist, wenn wir es jetzt machen. Das haben wir gemacht und das sehr wohl begründet.

Die BVK hält es für sinnvoll, den Knoten Buholz zu sanieren. Die Erklärungen sind nachvollziehbar und wenn man das über den ganzen Zeitraum anschaut, wird es definitiv billiger. Aus baulichen Gründen können wir nicht begreifen, wenn man den Knoten nicht auch saniert. Darum unterstützen wir den Antrag nicht.

Gemäss Protokoll wurde vor einem Jahr gesagt, dass man schätzen würde, dass in einem Zeitraum von 5 bis 15 Jahren Kosten für Belagsarbeiten anfallen würden und nicht in einem Zeitraum von 5 bis 10 Jahren. Also hat man da schon irgendwo 5 Jahre abgeklemmt.

Frau Strässle hat es gesagt, es heisst im B+A, dass der Knoten innerhalb der nächsten 5 bis 10 Jahre saniert werden müsste. Eine andere Ansicht sind vielleicht 10 bis 20 Jahre. Auch wenn wir uns auf 10 Jahre einigen, wenn wir den Belag jetzt komplett neu machen, ist der in 10 Jahren bereits wieder 10-jährig und ein Drittel der Lebensdauer verbraucht. Anders gesagt, ob wir jetzt 135'000 Franken ausgeben oder in 10 Jahren, wir sparen erstens die Verzinsung von dem Geld und zweitens haben wir dann in 10 Jahren einen neuen Belag. Aus dem Grund ist das ganz klar eine eindeutige Sparposition. Die Kreuzung soll dann saniert werden, wenn es notwendig ist und das gibt ganz sicher keine Mehrkosten.

Abstimmung:

Antrag der GPK, die Sanierung des Knotens Buholz aufzuschieben, bis die Belagserneuerung nötig geworden ist. Somit beantragt sie, die Positionen 9.2.2 und 9.2.4 zu streichen. Damit werden Positionen von 390'000 Franken um 10 Jahre verschoben.

Der Antrag wird mit 11:14 Stimmen abgelehnt.

Markus Bider (CVP)

Manuela Bernasconi (CVP)

Jürg Luthiger (CVP)

Ruth Strässle-Erismann (FDP)

Robert Odermatt (SVP)

Konrad Durrer (LZO)

Plan Variante 2

Es ist uns ein Anliegen, dass man bei der Verlegung der bestehenden Zu- und Wegfahrt die Schraffur richtig stellt und die Zu- und Wegfahrt nicht bis zum Bauernhaus macht, sondern nur bis dahin, wo es wirklich neu gemacht werden muss.

Ulrich Nussbaum
(FDP)

Der Weg wird verlegt und wir machen ihn selbstverständlich nur so weit wie nötig.

Manuela Bernasconi
(CVP)

Abstimmung:

1. Mit 15:10 Stimmen wird der Ausbau und die Neugestaltung der Kastanienbaumstrasse, Abschnitt Buholz bis Schwanden mit Knotenanpassung Buholz, beschlossen.
2. Mit 16:11 Stimmen wird für den Strassenbau mit Knotenanpassung Buholz ein Kredit von Fr. 2'280'204.00, (inkl. MwSt.), zuzüglich allfällige Teuerung, zulasten der Investitionsrechnung Konto 462009 bewilligt.
3. Mit 17:9 Stimmen wird für die Siedlungsentwässerung, nur im Zusammenhang mit Knotenanpassung Buholz, ein Kredit von Fr. 110'000.00, (exkl. MwSt.), zuzüglich allfälliger Teuerung, zulasten der Investitionsrechnung Konto 471011 bewilligt.
4. Mit 19:6 Stimmen wird für die Wasserleitung ein Kredit von Fr. 492'000.00, (exkl. MwSt.), zuzüglich allfälliger Teuerung, zulasten der Investitionsrechnung Konto 470009, bewilligt.
5. Mit 17:10 Stimmen wird der vorgeschlagenen Finanzierung zugestimmt.

Konrad Durrer (L2O)

Gesamtabstimmung:

Dem B+A Nr. 1458, Ausbau und Neugestaltung Kastanienbaumstrasse, Abschnitt Buholz bis Schwanden, wird mit 18:8 Stimmen zugestimmt.

9. Postulat Nr. 623/2011 von Roger Jenni, FDP: Koordination des Individualverkehrs in Luzern und Agglomeration

Aufgrund der Abwesenheit des Verfassers möchte ich kurz wie folgt Stellung nehmen:

Urs Rölli (FDP)

An den zwei bis drei letzten Wochenenden war ein regelrechtes Verkehrschaos in der Agglomeration Luzern, die Stauverhältnisse waren fast schlimmer als am Gotthard. Die Staus an den zahlreichen Baustellen, speziell City-Ring und Luzerner Allmend, sind für den Individualverkehr und den ÖV an der Schmerzgrenze.

Nur eine Zusammenarbeit in allen Bereichen kann zu einer Verbesserung der heutigen Situation führen, das wird wohl niemand bestreiten. Der ÖV ist mit dem Verkehrsverbund vorbildlich aufgestellt; im Bereich des Individualverkehrs sollte dies auch geschehen. Die interne Koordination über Grenzen wie ASTRA, Kanton, Stadt und Gemeinden ist nötig. Nur ein Neben- und Miteinander und ein ständiger Austausch auf den verschiedenen Ebenen hat eine Chance. In Stellvertretung hoffe ich auf Ihre Unterstützung bezüglich Überweisung und Bearbeitung des Postulats. Das vorliegende Postulat wurde von den jeweiligen FDP-Fraktionen in ähnlicher Form in den Gemeindeparlamenten von Kriens (bereits überwiesen), Emmen, Luzern sowie im Kantonsrat eingereicht.

Der Einstieg von Herrn Rölli, der mit dem Cityring anfängt, ist ja eigentlich schon ein Beweis, dass man wirklich die Zusammenarbeit hat. Im Vorfeld der Cityring-Baustelle, und da ist allen klar, dass das eine grosse Aufgabe unserer Agglomeration ist, die ganze Sanierung in den nächsten Monaten und Jahren durchzubringen. Die ganze Vorbereitung der Baustelle hat bestens geklappt. Wir waren einbezogen und man hat das in x Sitzungen mit dem ASTRA aufgegleist und das zeigt, dass wirklich eine Zusammenarbeit besteht.

Manuela Bernasconi
(CVP)

Im Postulat steht die Forderung, dass man bei der Stadt Luzern und dem Kanton vorstellig werden soll, um eine koordinierte und zukunftsorientierte Verkehrsplanung zwischen den Agglomerationsgemeinden, Stadt und Kanton zu erreichen.

Dieser Kontakt findet statt. Mit dem Verkehrskonzept Luzern Süd 2011 wurde das bestehende Verkehrskonzept 2004 aktualisiert, um damit den aktuellen Entwicklungen in diesem Gebiet gerecht zu werden. Mit der abgeschlossenen ersten Phase wurde eine Verkehrsprognose für den Vollausbau bis 2030 erstellt und die damit zu erwartenden Problemstellen mittels einer Leistungsfähigkeitsanalyse aufgezeigt. In der zweiten Phase sollen nun Massnahmen zur Bewältigung des zusätzlichen Verkehrs aufgezeigt werden. Beteiligt am Verkehrsmanagement Luzern Süd sind der federführende Kanton, die Stadt Luzern sowie Kriens und Horw. Das 1. Modul hat 10'000 Franken gekostet und ist in der Rechnung aufgezeigt.

Weil die Forderung bereits erfüllt ist, nimmt der Gemeinderat das Postulat entgegen und möchte dieses gleichzeitig abschreiben lassen, da wir nicht mehr machen können.

Wie wir bei den offenen Geschäften gesehen haben, ist es manchmal sinnvoll, wenn man im Blickwinkel behalten kann, was in welcher Periodizität passiert, wie ist die Mitsprache und wie sind die Verbindungen untereinander (Gemeinden, Stadt, Kanton).

Urs Rölli (FDP)

Grundsätzlich kann ich aber stellvertretend damit umgehen, das Postulat abzuschreiben.

Wie ich Herrn Rölli interpretiere, ist er damit einverstanden, dass das Postulat entgegengenommen und sofort abgeschrieben wird.

Konrad Durrer (L2O)

10. Dringliche Interpellation Nr. 601/2011 von Heidi Pieper, FDP, und Mitunterzeichnenden: Schulpflege: mehr Geld und neue Stelle

An der Einwohnerratssitzung vom Mai diesen Jahres ist der Schulpflege eine Gehaltserhöhung von über 70 % bewilligt worden. Nachdem der Antrag der FDP, dass die Gehaltserhöhung auch ein wenig bescheidener ausfallen könne, leider keine Mehrheit gefunden hat, ist es für die FDP umso erstaunlicher, dass jetzt auch noch eine Sekretärin benötigt wird. Wir fragen uns ernsthaft, was die Schulpflege denn noch alles braucht, um ihre Arbeit wahrzunehmen.

Heidi Pieper-Berdux
(FDP)

Zu den Fragen nehme ich wie folgt Stellung:

Im Zusammenhang mit dem Konflikt im Schulhaus Kastanienbaum wurden einige Massnahmen in die Wege geleitet, es wurde auch eine Zwischenevaluation der Führungsstruktur gemacht. Diese hat ergeben, dass man insbesondere bei den Supportfunktionen der Schulpflege, aber auch beim Rektorat, die Notwendigkeit weiterer Unterstützung sieht.

Markus Hool (FDP)

Was die Schulpflege betrifft, sind das Führungsrapporte, auch im Zusammenhang mit zu erledigender Korrespondenz. Auch haben wir die Kommunikation gestärkt und es gibt gewisse Arbeiten im Backoffice usw., die gemacht werden müssen und die in der Vergangenheit so nicht gemacht wurden.

Beim Rektorat geht es vor allem um die Protokollführung bei der Schulleitung. Auch das Schulleitungsteam wird sich mehr in der Führungsarbeit ausrichten und deshalb ist zusätzliche Unterstützung notwendig, die bis anhin nicht vorhanden war. Da geht es um Projektadministration, Sachbearbeitung, Kommunikation, Qualitätshandbuch, Statistiken usw.

Dazu haben wir das Grossprojekt IF, das eingeführt werden muss und auch da braucht es einen entsprechenden Support. Man muss auch sehen, dass bisher in der Schule fast alles, vom Bleistift spitzen bis zum Kopieren durch die Lehrpersonen, die Schulleiter und den Rektor gemacht wurde. Da stellt sich sehr schnell die Frage, erstens von der Kapazität und zweitens von den Finanzen her, denn das sind alles relativ teure Personen. Deshalb werden Arbeiten, die effizient durch günstigere Personen erledigt werden können, ausgelagert.

Bei der zusätzlich geschaffenen Stelle handelt es sich um 30 %-Pensum, man muss aber berücksichtigen, dass bereits heute für die Protokollführung der Schulpflege eine Person im Stundentarif, in der Grössenordnung eines 5 %-Pensums, angestellt war. So gibt es netto zusätzlich 25 Stellenprozente.

Die zweite Frage habe ich bereits schon ein wenig erörtert. Auf Seite der Schulpflege wird im Vergleich zu früher wesentlich mehr gemacht und da ist jetzt Support nötig. Betreffend Unterstützung des Rektors ist es so, dass dieser schon sehr lange völlig am Anschlag gelaufen ist und auch seine Schulsekretärin und da mussten wir auch entsprechende Unterstützung bereitstellen.

Ich möchte in Erinnerung rufen, dass es sich bei der Schule um eine mittlere KMU mit 150 Mitarbeitenden und 15 Mio. Franken Umsatz handelt und bis jetzt war 1 Sekretärin mit einem 100 %-Pensum zuständig. Alle hier, die in einem Betrieb arbeiten wissen, was das in etwa heisst. Die Relation stimmt nicht und ich bin ein starker Befürworter, dass man in Zukunft in die Richtung arbeiten muss, dass die Arbeit, die durch günstigere Leute besser und schneller wahrgenommen werden kann, durch diese erledigt wird.

Bezüglich der dritten Frage fange ich im Jahr 2013 an. Dann wird es so laufen, dass 1/3 zulasten der Schulpflege geht. Nicht zulasten des Honorars, sondern zulasten des Kontos Schulpflege. 1/3 wird vom Schulleitungspool alimentiert und 1/3 aus dem Schulpool. Konkret heisst das, dass die beiden letzten kostenneutral sind, weil wir den Schulpool und den Schulleitungspool haben, d.h. es gibt dort eine Verschiebung, dass man von den Führungsressourcen ganz wenig wegnimmt und dies in das Administrative/Support hineingibt. Beim Schulpool sind weitere Arbeiten, wie die Schulbibliothek, IT usw., dort nehmen wir auch einen Teil weg. Was zu Buche schlägt ist das Drittel, das zulasten des Kontos Schulpflege geht. Bis jetzt waren dort 3'000 Franken für die Protokollführung enthalten und der Betrag wird neu 8'000 Franken sein. Konkret haben wir bei dem 25 %-Mehrpensum insgesamt 5'000 Franken, die am Schluss kostenrelevant sind.

Im Jahr 2011 ist die Person während einem Quartal beschäftigt (September bis Dezember) und da hat die Schulpflege entschieden, dass die entstehenden Kosten zulasten ihrer Entschädigung geht.

Im Jahr 2012 gibt es einen Mix, weil man auf die Pensen, die über den Schulleitungspool und über den Schulpool gehen, erst im Schuljahr 2012/13 zurückgreifen können. Das heisst, dass 7/12 in dem Jahr anders laufen und 5/12 über den Schulleitungspool/Schulpool. Daraus ergeben sich Mehrkosten zulasten der Gemeinde, Konto Schulpflege, von insgesamt 12'000 Franken abzüglich der 3'000 Franken, die sowieso enthalten sind.

Zu Frage 4, warum die Protokollführung nicht von Mitarbeitenden der Verwaltung erledigt werden kann wäre es glaube ich eigenartig, wenn ich Ihnen sagen würde, dass wir bei der Verwaltung bis jetzt immer eine freie Kapazität von 25 % gehabt haben, die darauf gewartet hat, dass wir jetzt in der Schule Arbeit für sie haben. Das ist selbstverständlich nicht so, die Mitarbeitenden haben genügend Arbeit und das ist übrigens auch sehr oft Arbeit am Abend, die zu Überstunden führt. Über alles gesehen kostet eine Person der Verwaltung gleich viel wie eine separat angestellte Person, natürlich immer unter der Voraussetzung, dass man keine Überkapazitäten hat. Dazu kommt, dass man jemanden mit einem schulspezifischen Know-how wollte und das hat dazu geführt, dass man nicht nur im kleinsten und engsten Kreis, sondern mit einem Inserat auch den Weg über die Medien gesucht hat.

Zu Frage 5 konnte ich Ihnen bereits erläutern, dass wir von Zusatzkosten von 5'000 Franken sprechen. Es wird moniert, wieso man bei der Motion 261 schon bei Beträgen von 2'000 Franken sparen möchte und Sie sehen, dass die Grössenordnung völlig gleich ist. Ich glaube, es ist absolut berechtigt, das eine tun und das andere nicht lassen.

Zu Frage 6 kann ich sagen, dass wir eine kleinere Version als Inserat publizieren liessen. Es wurde eine Sommeraktion 2 für 1 ausgenutzt und von daher war das absolut im normalen Kostenrahmen. Es sind übrigens 60 Bewerbungen eingegangen und das zeigt, dass wir gut auswählen konnten und wir sind überzeugt, dass wir eine sehr gute Person anstellen konnten.

Ist die Interpellantin mit der Beantwortung zufrieden?

Konrad Durrer (L2O)

Ich bin zufrieden mit der Beantwortung und danke für die Ausführungen.

Heidi Pieper-Berdux
(FDP)

Wir haben jetzt gehört, dass alles seine Richtigkeit hat. Ich kann nicht nachvollziehen, dass wenn man so eine Interpellation verfasst, sich nicht vorher gründlich informiert, was abgegangen ist. Wir haben in der SVP den Schulpflegepräsidenten eingeladen und wir wurden über die Sache informiert. Wir müssen jetzt hier über eine Interpellation diskutieren, die überhaupt nicht dringlich ist und überhaupt nicht notwendig wäre.

Jörg Conrad (SVP)

Es macht mir Mühe, dass man nicht wahrhaben will, dass die heutigen Schülerinnen und Schüler die Menschen von morgen sind, welche die Geschicke unseres Staates in den Händen haben. Gerade diesem Umstand haben wir es zu verdanken, dass die Schweiz wirtschaftlich eine Spitzenposition einnimmt. Wir müssen doch alles daran setzen, dass die Bildung immer, ich betone, immer als unser höchstes Gut betrachtet werden muss. Dazu sind unsere Lehrpersonen sehr gefordert, ihr absolutes Maximum zu geben, damit die höchste Lerneffizienz erreicht werden kann. Administrative Aufgaben gehören nicht dazu!

Ich verlange Diskussion über die Geschichte, die jetzt passiert ist.

Die Interpellation hat auch in der CVP zu Diskussionen geführt. Stein des Anstosses waren weniger die inhaltlich gestellten Fragen als vielmehr die Art und Weise wie die Interpellation formuliert ist und auch die verschiedenen Falschaussagen, die mit der Interpellation verbreitet werden.

Einige Beispiele:

- Die Gehaltserhöhung der Schulpflege wurde vom Einwohnerrat mit 17:5 Stimmen klar genehmigt. Dagegen war einzig die FDP. Mit Selbstbedienungsmentalität hat das gar nichts zu tun.
- Im Inserat wurde eine "Sachbearbeiter-/in Schuladministration (30 %)" gesucht. In der Interpellation wird fälschlicherweise von "Sachbearbeiter-/in Administration Schulpflege (30 %)" geschrieben. Damit wird suggeriert, dass die Stelle ausschliesslich für die Schulpflege bestimmt ist, was schlicht nicht stimmt.
- Anlässlich der Einwohnerratssitzung vom 26. Mai 2011 hat die FDP zwar in einem Nebensatz erwähnt, dass die Schulpflege eine wichtige Aufgabe wahrnehme. Fakt ist aber, dass die FDP einen Antrag stellte, die Besoldung weniger hoch auszustafieren und dass der Antrag klar abgelehnt wurde. In der Folge hat die FDP den ganzen B+A abgelehnt resp. sich enthalten.

In der CVP haben wir uns gefragt, ob der Vorstoss nur schlecht recherchiert ist oder ob die Falschaussagen absichtlich gemacht werden. Bei uns entsteht der Eindruck, dass die FDP die Niederlage vom 26. Mai bis heute nicht verdaut hat.

Unsere Fraktion ist enttäuscht über den Stil, wie die Interpellation formuliert ist. Es erinnert uns unweigerlich an die Interpellation Nr. 593/2010. Damals hofften wir noch, dass dies ein Einzelfall bleibt. Jetzt scheint sich aber zu bestätigen, dass das der neue Stil der FDP ist. Das können wir nur bedauern.

Unsere Fraktion ist ebenfalls enttäuscht, weil wir von der Interpellantin bisher eine ganz andere Wahrnehmung und ein ganz anderes Bild hatten. Schade, dass wir dies nun revidieren müssen.

Es ist schön, wenn man über Sparen spricht. Gerade jetzt vom Redner, der immer sparen möchte und jetzt plötzlich kann man Geld ausgeben. Das Gleiche ist von der SVP zu sagen. Es ist schon erstaunlich, haben Sie doch einmal einen Vorstoss wegen einem Kommunikationsverantwortlichen gemacht und das weiss wie verrissen.

Ich weiss nicht, was Herrn Zemp für ein Stelleninserat vorliegt, aber man kann bei mir anschauen, dass dort schwarz auf weiss die Stellenbeschreibung steht, die auch in der Interpellation aufgeführt ist. Wir finden es einfach ein wenig speziell, dass man eine Salamtaktik anwendet. Man kommt mit einer massiven Budgeterhöhung, das hat ein wenig was von UBS-Allüren. Bevor man überhaupt etwas gemacht hat, verlangt man schon einmal mehr Lohn. Die FDP hatte den Antrag gestellt und gefunden, die Erhöhung sei zu massiv. Aber auch die FDP war für eine moderate Erhöhung und hat das auch entsprechend dargelegt.

Es ist nicht weiter als opportun, dass man zu der Stelle Fragen stellen darf. Wie gesagt, kommt es mir wie eine Salamtaktik vor, wenn man eine Erhöhung des Lohnes verlangt und kurz danach werden dann noch Stellen gebildet. Es mag sein, dass unter dem Strich 5'000 Franken Mehrkosten verursacht werden, aber ich würde sagen, es ist legitim so eine Interpellation einzureichen. Wir haben jetzt vom Gemeindepräsidenten konkrete Antworten erhalten und wissen jetzt auch, was Sache ist.

Thomas Zemp (CVP)

Urs Röllli (FDP)

Zur Salomitaktik muss ich sagen, dass man das auf der Zeitachse anschauen muss. Wir haben das im November 2010 im Budget gehabt, damals gab es also schon das Begehren von der Schulpflege. Aus bekannten Gründen wurde das nicht genehmigt und das hat dazu geführt, dass das Anliegen erst im Mai behandelt wurde. Von daher ist das jetzt kurz nacheinander, aber als die Erhöhung der Entschädigung für die Schulpflege im Vordergrund stand, war das andere tatsächlich noch nicht spruchreif. In der Zwischenzeit, nämlich seit Januar diesen Jahres, liegt auch erst der Bericht der Zwischen-evaluation vor.

Markus Hool (FDP)

11. Interpellation Nr. 597/2011 von Urs Rölli, FDP, und Mitunterzeichnenden: Honorare für Beratungsaufträge der Gemeinde Horw

Die Interpellation wurde am 25. August 2011 schriftlich beantwortet. Herr Rölli, sind Sie mit der Beantwortung zufrieden?

Konrad Durrer (L20)

Ich danke für die Beantwortung und verlange Diskussion.

Urs Rölli (FDP)

Mit der Beantwortung bin ich nicht zufrieden. Viele Worte mit wenig konkreten Aussagen, das enttäuscht uns in der oberflächlichen Stellungnahme vom 25. August 2011.

Präzise Informationen wären durch entsprechende Verbuchungen der Rechnungen für Honorare Dritter - ohne übermässigen Aufwand möglich. Es gibt Gemeinden, die entsprechend organisiert sind.

Ich möchte die Antwort nicht unnötig lang hier im Rat analysieren, jedoch ging es in der Interpellation weder um die Rechnungslegung noch um die Ordnungsmässigkeit.

Fazit: Wir erwarten schlicht und einfach ein effizienteres Vorgehen unserer Finanzverwaltung, damit – ohne grossen Aufwand – Vergleichszahlen zur Verfügung stehen. Nur so kann finanzpolitisch fundiert entschieden werden.

Konrad Durrer
Einwohnerratspräsident

Ulrich Nussbaum
Sekretär

Daniel Hunn
Gemeindeschreiber

Heike Sommer
Protokollführerin

Versand: 11. Oktober 2011